

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-



Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 267.

Freitag den 15. November 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Chronverzicht des Königs Friedrich August.

Das Programm der Regierung

Das Sechsmännerkollegium, das jetzt in Deutschland die gesamte Staatsgewalt in seinen Händen vereinigt — Ebert, Scheidemann, Landsberg von den Reichslinken, Daafe, Dittmann von den unabhängigen Sozialisten, Barth von der noch weiter links lebenden Gruppe — geht frisch an die Arbeit, das muß man sagen. Am Sonntag abend vom AuS. gewählt, veröffentlicht es bereits nach zweimal vierundzwanzig Stunden ein ausführliches Programm. Die Herren hatten dabei allerdings insofern leichtes Spiel, als sie in der Hauptsache nur in die reichgefüllte Vorratskammer ihrer Parteiverordnungen zu greifen brauchten, deren Bewirtlichung sie auch ganz offen als die Aufgabe der neuen, rein sozialistischen Regierung bezeichnen. Das diese aus der Revolution hervorgegangen ist, wird gleich zu Beginn der Rundrede mit klaren Worten festgesetzt. Damit soll gesagt sein: Wir fühlen uns an keinen früheren und an keinen bestehenden Rechtszustand gebunden, wir sind vollkommen souverän, zu tun und zu lassen, was uns richtig oder notwendig erscheint, wir können und wir werden deshalb die neue Zukunft des Volkes, die wir begrundend wollen, so herrichten, wie es unseren Grundgedanken entspricht, und fühlen uns dabei los und ledig der Rücksichten, an welche die bisherigen Regierungen der Vergangenheit sich banden.

Und so folgen denn auch sofort neun Punkte, von denen gesagt wird, daß sie schon jetzt mit Gehebeskraft verkündet werden. Also: der Reichstag ist beilegt, der Bundesrat gebildet, die Reichsliste an. Die neue Regierung beschränkt sich nicht auf die Ausarbeitung von Vorlagen, die sie den gesetzgebenden Körperschaften vorlegt. Die Gesetzgebung ist auch ihres Amtes, vorläufig wenigstens, solange der Reichstag noch nicht in der deutschen Nationalversammlung einen den Grundlagen der reichlichen Revolution entsprechenden Nachfolger erhalten hat. Wenn man die neun Punkte indessen näher durchsieht, so erkennt man bald, daß sie überwiegend nur der Vorseitigung außergewöhnlicher Zustände dienen. Darunter sind: der Befreiungszustand wird aufgehoben, was nur in Ordnung ist, da der Krieg zu Ende ist und außerordentliche Vollmachten, wenn die neue Regierung ihrer bedürfen sollte, jeden Augenblick zu haben wären. Zweitens: Freiheit des Vereins- und Versammlungsbrechts, auch für Beamte und Staatsarbeiter; gleichfalls eine Selbstverständlichkeit für eine revolutionäre Regierung. Drittens: Aufhebung der Zensur — Gott sei Dank kann man dazu nur sagen, in allen Parteien. Viertens: Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift steht schon in der preussischen Verfassung. Aber gerade im Augenblick von deso. derer Bedeutung, weil diese Freiheit seit den Tagen der Revolution in Berlin wie im Reich eine Anzahl von verdrehten Lagenblättern mit mehr oder minder sanfter Gewalt durch Eingriffe bestimmter Gruppen beschränkt oder genommen wurde. In Berlin waren es vielleicht ein halbes Duzend, die jetzt wieder freigegeben sind; in Darmstadt, in Frankfurt a. M., in München wird wohl auch in dieser Beziehung die Ordnung wiederhergestellt sein. Fünftens: Freiheit der Religionsübung, auch aller Religions-, in Preußen, Deutschland. Sechstens: Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird, im wesentlichen, aufgehoben; was wohl auch ohne weiteres ertragen werden kann, da sein Rechtsgrund, der Kriegszustand, aufgehoben hat. Das gleiche gilt von der Wiederentlassung der Arbeiterbeschäftigungen, die bei Beginn des Krieges aufgehoben wurden. Bleiben noch zwei Punkte: Erweiterung der Konfession auf alle politischen Straftaten und Niederlegung der wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren und endlich die Gefängnisordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegerichte gegen die Landarbeiter. Was insofern besonders interessant ist, als es zeigt, daß die neuen Herren auch die bisherigen Grenzen zwischen Reichs- und Landesgesetzgebung als befestigt ansehen. Gedacht ist dabei natürlich in erster Reihe an die alte preussische Gefängnisordnung, von der wirklich kein Eigen mehr ansgerannt ist.

Aber nun weiter: der Rest ist wirklich Programm. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtundzweite Maximalarbeitsstag in Kraft treten. Eine Forderung, so alt wie die sozialdemokratische Partei, der im gewerblichen Leben schon vielfach teils auf geistlichen Wege, teils durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Geltung verschafft worden ist und deren allgemeine Einführung gerade jetzt durchaus zu rechtfertigen ist, weil der Kräfte- und Gesundheitszustand unseres Volkes nach den schweren Leiden der Kriegszeit ganz besonderer Schonung bedarf. Dann kommen

alle die Gebiete, die schon die letzten Regierungen auf das angelegentlichste beschäftigt: Ausreichende Arbeitsgelegenheit für die nächste Zeit, Unterstützung der Erwerbslosen, Erweiterung der Krankenversicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung einer geregelten Volksernährung, Aufrechterhaltung einer geordneten Produktion, Schutz des Eigentums gegen private Eingriffe, der Freiheit und Sicherheit der Person — lauter gute alte Bekannte, die auch den nicht-sozialistischen Schichten des deutschen Volkes durchaus willkommen sein werden. Zum Schluß das allgemeine, gleiche Verhältniswahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften, für alle mindestens 20 Jahre alten Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts. Das ist allerdings eine Radikalforderung. Zum Schluß werden für die konstituierende Versammlung noch nähere Bestimmungen in Aussicht gestellt.

So sieht der Anfang aus. Danach haben wir keinen Grund, mutlos zu werden. Das alte ist nun einmal vorüber, und auch wer sich vor dem Sprung ins Dunkle fürchtet, wie vor der Sünde, muß ihn wagen. Wir wollen den Kopf nur oben bedecken und bauen helfen, wo und soweit wir es können. Jedenfalls: wir haben tatkräftige Männer an der Spitze des Volkes, das ist schon viel, jezt viel wert. Nichts Ärgeres könnte uns jetzt auflaufen, als die Fortdauer der vielbeflagten früheren Kräftelosigkeit. Auch für das Bürgerturn wird bald die Gelegenheit gegeben sein, seine Rechte und Interessen in geordneten Bahnen zur Geltung zu bringen. Dann muß es geingen, aus dem Zusammenbruch wieder ein lebensfähiges deutsches Volk aufzurichten.

Im Namen des Volkes.

Erlasse der neuen Reichsregierung.

I. An die Oberste Seeresleitung.

Die Volkregierung richtete an die Oberste Seeresleitung ein Telegramm, in welchem betont wird, daß die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geben müsse, damit kein Chaos mit Hunger und Not entstehe. Sie ersucht darum, folgendes anzunehmen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Untertanigkeit des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.
2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Durchführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heer müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.
3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Verbrauchs, der Verbänderung von Disziplinarstrafen. Aber oberste Pflicht ist es, auf die Verbesserung von Anordnung und Material hinzuwirken.
4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften. 5. Gleiche Zufuhr für den Wohnraum. Gleiche Belohnungen für Offiziere und Mannschaften.
6. Von der W. we gegen Ansehliche des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Bländerungen Gebrauch zu machen.

II. An die Marine.

An den Staatssekretär des Reichsmarineamtes richtete die Volkregierung ein Telegramm, in welchem gebeten wird anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und strenge Ordnung unter allen Umständen aufrechterhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist, und daß eine Entlassung von Marineangehörigen aus der Marine nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Alle Beschädigungen von Schiffen, militärischen Einrichtungen und Kriegsmaterial müssen unterbleiben. Alle Kräfte haben mitzuarbeiten, damit die Bedingungen des Waffenstillstandes beschleunigt und reiflos durchgeführt werden.

III. Bildet Bauernräte!

An die deutsche Landbevölkerung richtet der Rat der Volksbeauftragten einen langen Aufruf, in welchem zur freiwilligen Bildung von Bauernräten aufgerufen wird, um die Volksernährung, sowie die ungehinderte Fortführung der landlichen Betriebe sicherzustellen. In dem Aufruf heißt es:

Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken in der Erkenntnis, daß Freiwirtschaft und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele

führen als die beste bürokratische Organisation. . . Wie läbliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklich schützen wird vor allen verfallenen Eingriffen Unberufener in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemand aus der Stadt auf Land treibt und die von der Front zurückkehrenden Soldatenmassen regelrecht verpflegt werden können, wird es solcher Schönwetterreden gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmengen das sicherste Hausmittel vor Seidungen der Ruhe und Ordnung auf dem Lande und garantiert auch am besten den ungeschützten Fortgang der landlichen Betriebe. . .

Die Erklärungen Hindenburgs.

Übergabe unserer Kriegsschiffe. — Befegung von Helgoland.

Die zum Hauptquartier der Obersten Seeresleitung ertreten Vertreter des Kölner AuS. geben nach ihrer Rückkehr Erklärungen über das Resultat der Unterredung mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Der Feldmarschall hält es für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben, bis das Heer in seine Heimat zurückgeführt ist. Die vielfach erörterte Frage, wann die feindliche Besetzung in den Rheinflusungen zu erwarten sei, wird von der Obersten Seeresleitung auf das bestimmteste dahin beantwortet, daß mindestens 21 Tage vergehen werden. Die Oberste Seeresleitung und der deutsche Kronprinz haben sich fortgesetzt über die Umrüstung im Golf und den Zusammenbruch der Kölner Garnison unterrichtet lassen.

Auf Grund der Kölner Vorgänge wurden im Großen Hauptquartier außerordentlich weitreichende Befehle erteilt und auf Anregung des Großen Hauptquartiers sofort in der Etappe und an der Front Soldatenräte nach Kölner Muster gebildet. Dadurch wurde eine ungeheure Katastrophe verhindert.

Bei Verzögerung der Schiffübergabe wird Helgoland besetzt.

Auf Grund der Bestimmungen zum Waffenstillstand Enternierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder solchen der Verbündeten sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht: „Bayern“, „Siboga“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Marfara“, „Friedrich der Große“, „König Albert“, „Kaiserin“, „Kaiser“, „Kronprinz Ruitwold“, „Hindenburg“, „Derfflinger“, „Seydlitz“, „Moltke“, „Von der Tann“, „Brummer“, „Breme“, „Röln“, „Dresden“, „Emden“, „Frankfurt“, „Wiesbaden“, 50 modernste Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. November 5 Uhr vormittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Besatzung fahren und ohne Munition.

Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrage zugesagt: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird von Bestimmungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrgenote nicht in den bezeichneten Fristen übergeben werden sollen, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Übergabe zu sichern.

Das französische Torpedoboot „Mangini“ und das englische Torpedoboot „Clark“ sind in die Dardanellen eingeschifft, um sich nach Konstantinopel zu begeben. Die französische Marinebrigade in Syrien besetzt am 9. November Alexandrette.

Die abgewiesenen polnischen Marsdeute.

Der polnische AuS. ertelie eine Bekanntmachung, nach der durch Gerüchte vom Annahme polnischer Vegetäre die Bevölkerung beunruhigt würde. Der AuS. hat sofort eine Kommission, der sich unter Führung des Abgeordneten Dr. Sedba die Vertreter der polnischen Reichstags- und Landtagsfraktion angeschlossen haben, nach der Landesgrenze abgesandt. Die polnischen Abgeordneten erklärten, daß sie es auf keinen Fall zu einem Zusammenstoß mit den deutschen Soldaten kommen lassen werden.

In ganz Oberschlesien verbreitet sich das Gerücht, daß eine mehrtausendköpfige Volkshilfskommission sendend und plündernd auf dem Wege nach Oberschlesien sei und die Grenze bereits überschritten habe. Wie man von zuständigen Stellen erfährt, waren die Gerüchte übertrieben. Dessen ungeachtet aber wurde zum Schutz der Grenze vor etwaigen Einfällen solcher Banden eine starke Grenzbesatzung aufgestellt, so daß vorläufig eine Gefahr nicht mehr besteht.

Aus Beuthen wird gemeldet: Die in Oberschlesien eingeschickten polnischen Banden wurden von Teilen des 51. Inf. Regiments über die Grenze geworfen, so daß die Ruhe wiederhergestellt werden konnte.

Die Rattower Zeitung meldet: Die Meldungen der Berliner Abendblätter über das Eindringen polnischer

Räuberbanden in Oberschlesien entbehren der Grundlage. Es erscheint ausgeschlossen, daß bolschewistische Räuberbanden über die Grenze kommen.

Kaiser und Kronprinz in Holland.

Wilhelm II. ist von keinem Mitglied seiner Familie begleitet, sondern ausschließlich von Offizieren seiner Umgebung, von denen einige ebenfalls im Schloss Amerongen Wohnung genommen haben. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Kaiser vorläufig hier bleiben wird.

Der Kronprinz traf in Maastricht ein. Er hat sich an die Königin mit der Bitte gewandt, ihm ein kleines einfaches Haus anzuweisen, in dem er die Gastfreundschaft Hollands genießen kann. Der Kronprinz hat sich in Spanien von den Truppen verabschiedet und fuhr dann in drei Automobilen mit seiner Begleitung zur holländischen Grenze und nach Maastricht.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 19. Nov. Nach einer Meldung des deutschen Verbindungsoffiziers in Budapest hat die ungarische Regierung der ersten Armee und der zweiten Armee je sechs Züge täglich zum Abtransport zur Verfügung gestellt.

Berlin, 18. Nov. Ein Austausch des Soldatenrates hat die Einsetzung von Standgerichten beschlossen. Ein russischer Bländerer wurde bereits im Polizeigerichtstand gerichtlich erschossen.

Berlin, 18. Nov. Feldpostsendungen nach dem Westen werden nicht mehr angenommen. Aufgegebene Sendungen werden den Absendern zurückgegeben.

Die politische Neuordnung.

Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.

Berlin, 19. November.

Gestern konstituierte sich im Gebäude des preussischen Herrenhauses der Vollzugsrat des AuSR. Diese Körperlichkeit besteht aus 23 Mitgliedern, 14 Soldaten und 14 Arbeitern. Die Mehrheitssozialisten und die unabhängigen Sozialdemokraten sind mit je 7 Mitgliedern vertreten. Trotz dieser Zahlenmehrheit meint man, daß die Grundzüge und Anschauungen der sozialdemokratischen Mehrheit im Vollzugsrat überwiegen werden. Es muß im Zusammenhang damit bemerkt werden, daß die Soldaten schon bei den Wahlen am Sonntag die gemächliche Richtung vertraten und ihr zum Siege verhalfen. Jedenfalls scheinen die Grundzüge der Mehrheitssozialisten richtiggehend zu sein.

Die politische Reichsleitung wird dem Vollzugsrat für ihre Regierungshandlungen verantwortlich sein. Unter anderem wird die Regierung keine Befehle von höheren Staatsämtern vornehmen können ohne die Zustimmung des Vollzugsrates. Der Vollzugsrat wird täglich Sitzungen abhalten und es sich zur Aufgabe machen, gemeinsam mit der Regierung die brennendsten Lebensfragen zu lösen, denen Deutschland zurzeit gegenübersteht: die Wiederherstellung der Ordnung und Schaffung eines festen, sicheren und zuverlässig arbeitenden Staatsorganismus, Lösung der Ernährungsfragen, Demobilisierung, Friedensschluß und Überleitung in die Friedenswirtschaft. Sobald diese dringenden Aufgaben, die unbedingt schnell gelöst werden müssen, in der Hauptsache erledigt sind, sollen die Wahlen zur Nationalversammlung in Angriff genommen werden.

Verteilung der Reichsgeschäfte.

Für die Bearbeitung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachfolgende Geschäftsbereiche vorgegeben: Ebert, Inneres und Militärisches; Haack, Äußeres und Kolonien; Scheidemann, Finanzen; Dittmann, Demobilisierung, Verkehrswejen, Rechtspflege, Volksgesundheit; Landsberg, Presse- und Nachrichtenwejen, Kunst und Literatur; Barth, Sozialpolitik.

Die Frage der Nationalversammlung.

Im Anschluß an die Äußerungen des Präsidenten der bayerischen Republik, Kurt Eisner, über den wünschenswerten baldigen Zusammentritt der konstituierenden Versammlung, wurden die Forderungen der unabhängigen Sozialdemokratie nach ihrer Stellung zu dieser Angelegenheit befragt, da in der Presse vielfach angedeutet worden war, die „Unabhängigen“ seien gegen die Einberufung einer Konstituante. Die Unabhängigen antworteten, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei zu dieser Frage überhaupt noch in keiner Weise Stellung genommen hätte.

Die Fortschrittliche Volkspartei erklärt einen Aufruf, in dem sie betont, daß sofort nach Beschluß des jetzigen Reichstages in freier Abstimmung von Männern und Frauen die Nationalversammlung zu wählen ist, die über staatliche Grundfragen entscheidet. Zum Schutz der Minderheiten bedarf es dabei der Verhältniswahl. Aufgabe der so geschaffenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung ist die Wahrung und Stärkung der Reichseinheit und der Ausbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechts für alle. Jede, wie immer

geartete Diktatur oder Rajaherrschaft ist verwerflich. In der schwereren Zeit des Übergangs, sagt der Aufruf, ist die unbedingte Erhaltung der öffentlichen Ordnung, der Schutz von Leben und Eigentum und die Sicherstellung der Ernährung das höchste Gebot. Wer es erfüllen will, soll von uns unterstützt werden.

Arbeitsamt für geistige Kräfte.

Der AuSR in Berlin teilt mit: Es ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das die Aufgabe hat, die geistigen Kräfte des wissenschaftlichen und praktischen Lebens, soweit sie sich auf den Boden der deutschen Republik stellen, zusammen zu fassen. Es ist damit eine Organisation geschaffen, die es dem AuSR ermöglicht, diese Kräfte für den Neuaufbau des Staatsgebildes zur Verfügung zu stellen. Das Arbeitsamt nimmt die vom Studentenrat und vom Rat geistiger Arbeiter eingeleiteten Bestrebungen zur Sammlung intellektueller Kräfte in sich auf. Das Arbeitsamt des AuSR ist die einzige Stelle, der sämtliche Meldungen dieser Kräfte einzureichen sind.

Deutsches Luftamt.

Die Reichsleitung beauftragt den Soldatenrat der Fliegertruppen zur Umgestaltung der bisher in den Dienst des Krieges gestellten Organisationen des Flugwesens in eine Friedensgliederung unter dem Namen: Deutsches Luftamt. Dieser Betrieb hat die Aufgabe, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, auf den Gebieten von Handel, Verkehr, Post, Nahrungsmitteltransporten und Wachdienst.

Zur Umwälzung im Reich.

Leipzig. Der große AuSR besteht gegenwärtig aus 600 Mitgliedern. Der engere Ausschuß, dem die eigentliche Exekutivgewalt zusteht, setzt sich zusammen aus 10 Vertretern des Soldatenrats, 10 Vertretern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, 3 führenden Persönlichkeiten der Leipziger Arbeiterbewegung, Reichstagsabgeordneter Geiger, Reichstagsabgeordneter Kuffel und Redakteur Dr. Geiger, sowie je einem Schriftführer des Arbeiter- und des Soldatenrats. Der sozialdemokratischen Partei ist die Mitarbeit ohne formelle Vertretung unter der Bedingung gestattet worden, daß sie die Förderung nach der sozialistischen Republik vorbehaltlos anerkennt. Die Macht des AuSR erstreckt sich über den ganzen Bereich des 19. Armeekorps.

Logau. Der Landrat ist gelassen. Landratsamt und Magistrat haben sich dem AuSR unterstellt und sind zur Fortführung der Geschäfte ermächtigt. Die Verpflegung des Militärs und der Zivilbevölkerung wird von den beauftragten Personen in derselben Weise wie bisher fortgeführt.

Hannover. Die deutsch-hannoverschen Reichstagsabgeordneten Frhr. v. Schele-Scheleburg, Ludwig Wipers, Graf v. Bernstorff-Wehmingen, Volkshorn, Frhr. v. Wangenheim-Wake, erlassen an „alle Hannoveraner“ einen Aufruf, in dem sie „im freien Deutschland ein freies Hannover“ fordern. Unter den gleichberechtigten deutschen Bundesstaaten müsse auch Hannoverland die ihm gebührende Stellung wieder einnehmen und Hannovers Schicksal müsse geleitet werden von einer Regierung, die sich entsprechend dem Willen des Volkes zusammensetzt.

Hannover. Am Bahnhof und in der Rodstraße in Linde kam es in der Nacht vom 11. zum 12. November zu heftiger Schießerei zwischen Sicherungspatrouillen und Räuberbanden, die mit Handfeuerwaffen und Pistolen ausgerüstet waren und über zwei Automobile verfügten. Die Sicherungspatrouillen brachten 34 Personen ein, von denen die drei Hauptverbrecher heute morgen standrechtlich erschossen wurden.

Hamburg. Der Hamburger AuSR veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Der AuSR hat die politische Gewalt in Hamburg übergeben. Senat und Bürgerrecht befehlen nicht mehr. Das Hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der Deutschen Volksrepublik. Über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzlichen Körperschaften. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten. Die Geschäfte werden fortgesetzt. Das Privateigentum wird geschützt. Veränderungen werden standrechtlich abgeurteilt.

München. Die bayerische Regierung beabsichtigt, sämtliche Schiffe für das Volksbildungs- und Volksgesundheitswesen nutzbar zu machen.

Stuttgart. In einer Sitzung des Stuttgarter AuSR wurde ein Antrag angenommen, der die Zurückhaltung von Lebensmitteln zur Erzielung von Bucherpreisen mit dem Tode bestraft.

Die neutrale Zone.

Nach dem ursprünglichen Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen war eine rechtsrheinische neutrale Zone vorgesehen, die von der holländischen Grenze bis zur Parallele

von Weinsheim 40 Kilometer, von da an bis zur Schwelmer Grenze 80 Kilometer flüßlich des Stromes verlaufen sollte. Die Bedeutung, die diese Maßnahme unter Umständen gehabt hätte, geht deutlich aus der Karte



hervor, daß überaus wichtige Plätze, wie Effen, Bornen, Elberfeld-Barmen, Frankfurt a. M., Darmstadt, Karlsruhe zu räumen gewesen wären. Durch Herabsetzung der neutralen Zone auf 10 Kilometer werden zwar noch Plätze wie Duisburg, Düsseldorf, Wiesbaden, Mannheim u. a. geräumt, aber die Hauptindustrieregionen bleiben in unserer Macht. Auf unserer Karte sind die vom Gegner mit einem Durchmesser von 80 Kilometer zu besetzenden Brückenköpfe durch Kreise kenntlich gemacht.

Kommunistische Erzeffe in Wien.

Der vollzogene deutsch-österreichische Anschluß.

Wien, 19. November.

Nach kürzerer Beratung ist die Nationalversammlung den Beschlüssen des Staatsrates über den Anschluß der deutsch-österreichischen Republik an das Deutsche Reich beigetreten. Der Anschluß wurde in folgender Form bekanntgegeben:

Die Nationalversammlung hat in der heutigen Sitzung den vom Staatsrat vorgeschlagenen Gesetzentwurf, betreffend die Proklamation der Deutsch-Österreichischen Republik als Bestandteil der Deutschen Republik unter begeisterten Beifall einstimmig angenommen.

Das Parlamentsgebäude war von dichten Menschenmassen umlagert und die organisierte Arbeiterkraft unternahm einen großen Umzug. Als Staatsrat Renner sich auf die Rampe begab, um die Beschlüsse der herrenden Menge zu verkünden, rief eine Gruppe von Kommunisten, die vorher schon Schimpfblätter gegen die offizielle Demokratie verteilt hatte, Störungen hervor.

Feuergefecht mit der Roten Garde.

Bald entstand eine wilde Schießerei vor dem Parlamentsgebäude. Schon führten zwanzig Soldaten, geführt von einem Offizier, gegen den Eingang, pflanzten dort die Bajonette auf ihre Gewehre und riefen: „Heran mit den Schwarzen!“ In diesem Augenblick fiel ein Pistolenschuß aus der Gruppe, die auf der Rampe stand. Das war das Signal zum Angriff der Roten Garde, die auf den Stufen des Reichsratsgebäudes Deckung nahm, gegen die Rampe vorging und das Feuer eröffnete. Die zwanzig Mann, die einen Ruck verhielten hatten, indem sie flüchtig gegen den Eingang des Parlamentsgebäudes schossen, verlusten in das Gebäude zu gelangen. Unter der Menge entstand eine fürchterliche Panik. Die Volkswehr, welche die Fahrbahn vor dem Parlament freihält, drängte nun gegen das Gebäude vor und eröffnete ein lebhaftes Feuer in die Luft, um die Menge zu zerstreuen. Mehrere Personen wurden getroffen, zahlreiche durch Durchschlagen

Liselottes Heirat.

12] Roman von G. Courths-Mahler.

„Kante nicht, Onkel Brummbar, ich habe dir auch etwas Schönes mitgebracht. Schau dir den da einmal an. Was meinst du, wer das ist? Dein Sohn etwa? O mein, das ist Liselotte Schönburgs, Bräutigam. Gefällt er dir?“

Der alte Herr setzte sich überrascht nieder und sah die beiden glückseligen Menschen an.

„Macht ihr etwa dumme Späße mit mir?“

„Nein, Vater, Liselotte spricht die Wahrheit.“

„Donnerwetter, Junge, du hast Courage, das muß ich sagen. Du Nixgendwer und Nixgendwas, fredest einfach die Hände aus nach der Herrin von Schönburg“, sagte dieser, seine Färbung unter Wutheit verstellend.

Liselotte warf trotzig den Kopf zurück. „Nun fang du auch noch mit solchen dummen Streichen an, ich habe Mühe genug gehabt, deinem Sohn den Kopf zurecht zu setzen.“

Er lachte. „Weißt nur nicht, Wilsfang. Das war wieder einmal die alte unbändige Liselotte von einst. Soll die mit der Brautlichkeit vielleicht wieder zum Vorschein kommen?“

Sie schüttelte sich in Wolfs Arme und sah ihn lächelnd an.

„Er macht mir Scherz, Wolf, nicht wahr, ich bin nicht ungehörig?“

„Er sog sie an sich. „Wie du bist, so bist du recht.“

Sein Vater zwinkerte mit den Augen, als wäre ihm etwas hineingeflogen. „Na, dann brauche ich mir ja keine Mühe mehr zu geben.“

„Nein, Onkelchen, jetzt wird Wolf bestimmen, wie ich sein soll, was ich tun und lassen muß. Aber nun gib uns deinen Segen, sag, daß du dich unseres Glückes freust.“

Er strich ihr das Haar aus der Stirn und küßte sie herzlich.

„Mein Goldkind — ich gebe ihn euch von Herzen, um so lieber, da ich weiß, daß sich mit eurer Verbindung ein Herzengemüch meines seligen Vaters erfüllt.“

Sie schrak erlöst zu ihm auf. „Mein Vater hat gewünscht, daß ich Wolfs Gattin werde!“

„Ja, Kind. Jetzt, da ihr euch ohne mein Dazutun gefunden habt, kam ich's euch ja sagen. Dein Vater hat mir oft gesagt: Wenn dein Wolf nach Jahren in die Heimat zurückkehrt, und er und meine Liselotte finden sich in Liebe zueinander, dann weiß ich sie wohl aufgehoben.“

Liselotte warf sich voll Ungestüm an Wolfs Brust und umschlang ihn mit beiden Armen. „Hörst du es, Liebster, mein Vater hatte mich dir schon zugeeignet. Schweigt nun dein Stolz?“

Er sah ihr nur stumm in die Augen. In diesem Augenblick trat Fräulein von Schlegel ein, die sich vorhin entfernt hatte, weil sie sich immer ein wenig vor den Strafpredigten Gernrodes fürchtete. Sie war sehr erstaunt beim Anblick der friedlichen Gruppe und rief ihre blaß-blauen Augen verwundert auf als sie sah, daß sich Wolf und Liselotte küßten.

„Na, Fräulein Frieda, fallen Sie nicht in Ohnmacht vor Erstaunen. Sie haben ein wirkliches Brautpaar vor sich. Was sagen Sie dazu?“

Die gute alte Seele sagte vorläufig gar nichts. Sie rief sich in gerührter Verlegenheit die Hände und drückte dann nur stumm und mit tränenden Augen die Hände der Verlobten. Die etwas lang hinausgehobene Maßzeit wurde dann endlich eingenommen. Viel Ehre wurde ihr freilich nicht angetan, es gab zu viel dabei zu besprechen und zu beraten.

Einige Tage später Wilscher Heimlichkeit hatte sie sich anbedungen. Sie wollte ihr Glück für sich genießen, unbedürftig durch neuartige forschende Frauen.

Wolf war wie verwandelt durch Liselottes Liebe. Sein heiklütiges Naturell, das durch strenge Selbstkastei all die Jahre gezügelt worden war, machte sich Luft durch heisse Jählichkeit und übersprudelnde Lebensfreude. Vergessen waren die leidvollen Zeiten der Vergangenheit, vergessen der Schmerz um die Untreue Sibylles. Er dachte ihrer kaum noch. Liselotte füllte sein ganzes Sein und Denken; er liebte sie mit einer reiferen, besseren Liebe als Sibylle, und seiner Liebe war eine grenzenlose Dankbarkeit gemischt gegen das holde Geschöpf, das ihm mit ihrer Liebe zugleich das Geschenk vollster Unabhängigkeit und einen fürstlichen Besitz einbrachte. Zu tief hatte er Armut und Abhängigkeit empfunden, um nicht den Umarmung in seinen Verhältnissen als ein großes Glück zu betrachten. Hätte er Liselotte nicht geliebt, wäre er um keinen Preis ihr Gatte geworden, aber da er sie liebte und von ihr wiedergeliebt wurde, betrachtete er es nicht als ein Unglück, daß sie ihn reich und unabhängig machte.

Eins machte ihm im Anfang einige Bedenken. Er ging mit sich zu Rute, ob er mit Liselotte von Sibylle reden sollte. Damit hätte er jedoch ein Thema berühren müssen, welches ihren kindlich reinen Sinn trüben konnte, sie einen Blick tun lassen müssen in des Lebens-Liese, und das wollte er vermeiden. So schwieg er, und als sie ihn eines Tages fragte, ob er vor ihr schon eine andere geliebt habe, antwortete er:

„Ja, Liselotte. Ich habe ein Mädchen geliebt. Sie war arm wie ich und gab mich auf, weil ein reicher Mann um sie war.“

Sie schloß ihn wie schützend in ihre Arme und sah im darger Frage zu ihm auf. „Daß du sehr um sie gelitten?“ fragte sie leise.

„Im Anfang ja. Aber die Erkenntnis ihres Unwertes hat mich verwunden lassen, was sie mit tat. Frag mich nicht mehr danach, Liebster, ich spreche nicht gern davon.“

„So tut es dir heute noch weh?“

(Fortsetzung folgt.)

oder andere Unglücksfälle verlegt. Die rote Garde ist für eine kommunistische Republik, ist aber in der Minderzahl gegenüber der Volkswehr, die zur demokratischen Republik steht. Nachdem die Volksmenge gestoben war, trat etwas Ruhe ein, jedoch ist die Lage bis zur Stunde noch nicht gefärbt.

Wilson gegen die Bolschewisten.

Die Lebensmittel für Deutschland.

Rotterdam, 13. November.

Nach einer Drahtmeldung aus Washington hat Präsident Wilson in einer Ansprache an den Kongress die Waffenstillstandsbedingungen offiziell bekanntgegeben und dabei nochmals Lebensmittelmittel für Deutschland angekündigt. Wilson geht dabei von der Ansicht aus, daß „Hungers Reformen erzeugen“, sondern Wohlfahrt und sonstige Auswüchse, die eine gedeihliche Weiterentwicklung unmöglich machen. Die Lebensmittelzufuhr soll mit Hilfe deutscher Schiffe erfolgen und sobald wie möglich in die Wege geleitet werden. Auch die Verbündeten der Vereinigten Staaten haben dieser Maßregel zugestimmt. Sie alle und besonders Wilson lassen sich dabei von dem Gedanken leiten, daß Ruhe und Ordnung im neuen deutschen Reich die beste Gewähr gegen ein weiteres Umsichgreifen des russischen Bolschewismus sind, den sie mit allen Mitteln bekämpfen sollten. Erache vollbringen nichts, betont Wilson in seiner Ansprache mit Nachdruck, wie auch das unglückliche Rußland längst reichlich bewiesen habe. Die bemerkenswerte Ansprache des Präsidenten schließt mit dem Hinweis darauf, daß die Gegenwart und die Zukunft der Regierungen gehört, die ihre Selbstbeherrschung und den ordnungsmäßigen Gang der Geschäfte bewahren. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkürlichkeit herausgekommen sind, und die jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, werden die Wege der Freiheit, die sie suchen, niemals finden können, wenn sie es beim Scheitern der Fabel tun. Sie werden finden, daß jeder Weg, der mit dem Blute ihrer eigenen Brüder besudelt ist, in die Wildnis und nicht zum Siege ihrer Hoffnung führt.

Der Übertritt Wilhelm II. nach Holland.

Berlin, 13. November.

Die Nationalzeitung behauptet, während das deutsche Volk noch immer auf einen leidlichen Ausgang des Krieges hoffe, habe bei Wilhelm II. und seiner Umgebung die Gemüthsart vom kommenden Zusammenstoß schon länger bestanden. In aller Stille seien Vorbereitungen für den Übertritt ins neutrale Ausland getroffen worden. Das im Anlande sorgfältig gehaltene Geheimnis sei der Entente nicht verborgen geblieben. Während anfänglich das Schloß Middachten bei Arnhem als Aufenthaltsort auszuwählen war, sei später Amerongen bei Utrecht in Betracht gezogen worden, das einem Onkel des Kaisers von Middachten gehöre, der außerdem noch acht Schlösser besitzt. Mit der Familie Ventink sei der Kaiser schon lange bekannt, ein älterer Bruder des jetzigen Statthalters für Wilhelm II. sei britischer Oberleutnant gewesen und seine Söhne dienen in der englischen Armee. Die ganze Familie Ventink habe starke Beziehungen nach England.

Auslieferung Wilhelms II. verlangt.

Amsterdam, 13. Nov. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigten, gegen den Aufenthalt des Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten. „Morning Post“, „Times“ und „Daily Mail“ sagen, der Kaiser müsse wie Napoleon I. auf Lebenszeit interniert werden.

Thronentsetzung des Königs Friedrich August.

Dresden, 13. November. Dem Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging folgendes Schreiben zu:

Dresden, den 13. November 1918.

An den Arbeiter- und Soldatenrat

Dresden, Ständehaus.

Auf die heute früh mündlich an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß Seine Majestät der König auf den Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun.

Der Minister des Innern.
Dr. Koch.

Thronverzicht des Königs von Bayern.

München, 13. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Dem Minister des Volksstaates Bayern ging folgende Erklärung zu:

Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Wohl meines geliebten Bayerns war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiter zu führen, stelle ich alle Beamten, Offiziere und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und entbinde sie des mir geleisteten Treueides.

München, den 13. November 1918.

Ludwig.

Auf diese Rundgebung wurde folgende Antwort erteilt: Der Ministerrat des Volksstaates nimmt den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangefastet in Bayern zu bewegen, sofern er und seine Angehörigen sich verhalten, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zu unternehmen.

Der Ministerrat des Volksstaates: Kurt Eisner, Auer, v. Frauendorfer, Jaffe, Koffhauer, Timm, Unterleitner.

Die Königin von Bayern gestorben?

München, 13. November. Nach einer Meldung des Neuen Münchener Tageblatts soll die Königin Dienstag nachmittag gestorben sein. Eine Bestätigung war bis zur Stunde noch nicht zu erhalten.

Rücktritt des Fürsten von Waldeck.

Kassel, 13. November. Nach einem Privattelegramm des Kasseler Tageblatts aus Krollen hat Fürst Friedrich von Waldeck und Pyrmont auf die Regierung freiwillig verzichtet.

Hinweg mit deutschem Selbstbetrug!

Die Kölnische Zeitung tritt energisch den Gerüchten entgegen, die vom Ubergreifen der Umsturzbewegung auf feindliche Länder wissen wollen. Hinweg mit deutschem Selbstbetrug! In feindlichen Heeren und Ländern ist wenig Boden für eine umstürzlerische Bewegung. Wir sehen im Gegenteil, daß der gefährliche Punkt eher noch auf die neutralen Länder überspringen kann. Hinweg auch mit der leichtsinnigen Ansicht, daß der Verband die Hungersklöße nicht weiter bestehen lasse. Fragt man, wie der Zusammenbruch unserer moralischen Front geschehen könnte, so muß man antworten, daß unser Volk in allzu große Hoffnungen teils sich selbst eingewiegt hatte, teils eingewiegt wurde, und daß der Sturz aus der Sonnenhöhe des Glücks zu ja war, als daß die Nerven hätten ruhig bleiben können.

Landung amerikanischer Flieger in Köln.

Berlin, 13. November. Wie dem Lokal-Anz. sehen von besonderer Seite mitgeteilt wird, sind heute im Laufe des Nachmittags mehrere amerikanische Flieger in Köln gelandet. — Vanking erklärte im amerikanischen Senatsauschuß, dem Herold zufolge, die Besetzung des linken Rheinuferes würde nur eine vorübergehende Maßnahme sein. Je schneller der Friedensschluß zustande komme, und je schneller Deutschland seinen Anschlag an die großen Demokratien vollziehe, desto rascher werde auch das linke Rheinufer wieder geräumt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bei der Auflösung der deutschen Verwaltung in Polen ist eine Vereinbarung zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zustande gekommen. Alle Beziehungen von blutigen Zusammenstößen zwischen deutschen Soldaten und polnischen Legionären sind übertrieben.

Der Tod der Erbin von Bayern erfolgte in Berchtesgaden in ihrem 70. Lebensjahre. Die Verlobte war eine geborene Herzogin von Österreich-Este-Modena und zwar die letzte des Stammes Este-Modena.

Holland.

Der Kampf um die Macht hat auch in der zweiten Kammer eingesetzt. Hier erklärte der sozialistische Arbeiterführer Troelstra, die sozialistische Arbeiterpartei verlange nicht nur etwas mehr oder weniger Reformen in dem augenblicklichen Regime, sondern sie verlange jetzt den Besitz der Macht. Die Bewegung, über die sich das niederländische Volk nächsten Sonntag auszusprechen werde, werde zeigen, daß heute andere Dinge verlangt werden. Troelstra sagte weiter, er werde niemals eine vollkommene Verbesserung der sozialen Zustände erreichen, solange die bürgerlichen Elemente am Ruder bleiben. Wenn wir sehen, was jetzt im Osten geschehen ist, dann müssen wir den rechten Augenblick ergreifen, die Macht an uns zu reißen. Troelstra sprach seine Freunde darüber aus, daß sein Parteigenosse Ebert in Deutschland das Ruder in die Hände genommen hat.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 13. Nov. Dem Vernehmen nach hat die sozialistische Regierung dem fortwährenden Abgeordneten Juliusrat Dr. Waldstein die Leitung des Reichsministeriums und dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Dernburg die Leitung des Reichsfinanzamtes angeboten.

Reichenberg i. S., 13. Nov. Die Landesregierung für Deutsch-Böhmen richtete an den Präsidenten Wilson eine Kabeldepesche, in welcher sie im Namen von zweiinhalb Millionen gegen die Vergewaltigung deutsch-böhmischen Staatsgebietes durch tschechisch-slowakische Truppen Protest erhebt.

Paris, 13. Nov. Die französischen Behörden haben eine ganze Anzahl von Wohnungen reichsdeutscher, welche Frankreich verlassen haben, zur Unterbringung von französischen Familien aus der Kriegszone requiriert.

Neueste Meldungen.

Der Waffenstillstand zur See.

Wilhelmshaven, 13. Nov. Heute nacht hat durch Funkpruch der Ober der englischen Flotte dem Ober der Hochseefreitkräfte Anweisung gegeben, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um Besprechungen zur Ausübung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen.

Die Besetzung Helgolands wahrscheinlich.

Berlin, 13. Nov. Der Zusatz zu den Waffenstillstandsbedingungen, wonach der nicht rechtzeitige Anmarsch der zu übergebenden deutschen Schiffe am 18. November Helgoland besetzt werden soll, wird wahrscheinlich Tatsache werden. Die Besetzungen der Schiffe, namentlich die U-Boot-Deute, weigern sich entschieden, an Bord zu gehen, da sie die Internierung fürchten. Unter diesen Umständen wird die Besetzung Helgolands durch die Verbündeten kaum vermieden werden können.

Bei der Unterzeichnung der Bedingungen.

Haag, 13. Nov. „Echo de Paris“ gibt Einzelheiten über die Besprechungen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstands vorangegangen sind. Die Verhandlungen dauerten von nachts ein Uhr bis morgens fünf Uhr. Die deutschen Delegierten verlangten, daß einige Hauptpunkte, die große Härten aufwiesen, gemildert würden. Es wurde ihnen entgegengehalten, daß Bismarck auch Frankreich harte Bedingungen auferlegt hätte, die angenommen werden mußten. Eraberger unterzeichnete handhaft die Bedingungen, General Winterfeld trübenden Auges.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblatts“.

Hindenburg in Wilhelmshöhe.

Kassel, 14. November. (tu.) Das Große Hauptquartier mit dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg an der Spitze wird morgen mittag in Wilhelmshöhe eintreffen und im dortigen Schloß, das schon für die Aufnahme Vorkehrungen getroffen hat, Wohnung nehmen.

Die Schweiz will Deutschlands Ernährung unterstützen.

Solothurn, 14. November. (tu.) Die schweizerische Regierung hat, wie die Voss. Ztg. hört, sich bereit erklärt, nach besten Kräften Deutschlands Volksernährung sichern zu helfen, und der deutschen Volksregierung zu diesem Zwecke Unterstützung angedeihen zu lassen.

Protest der deutschen Bevollmächtigten gegen die Waffenstillstandsbedingungen.

Amsterdam, 14. November. (tu.) Reuter meldet aus Paris, daß bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes die deutschen Bevollmächtigten gegen den kurzen Zeitraum für die Räumung und Auslieferung der Transportmittel protestierten, der es unmöglich mache, den Bedingungen nachzukommen. Es wurde weiter daraufhin gewiesen, daß die Durchführung des Vertrags das deutsche Volk in eine Hungersnot stürzen könnte.

Frankreich gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 14. November. (tu.) Wie verlautet, hat gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland bisher nur Frankreich sich ablehnend gehalten, Amerika und England erheben keine Einwendung.

Die Revolution in Belgien.

Haag, 14. November. (tu.) In Belgien ist Revolution. In Brüssel beherrscht ein deutscher Soldatenrat allerhöchster Richtung die Lage. In den Straßen wird dauernd gekämpft. Belgier beteiligen sich überall auf beiden Seiten. Es gibt viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bedeuten die deutschen Waffenbestände.

Mus Stadt und Land.

Mittellungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 14. November.

— **Weihnachten ohne Kerzen.** Weihnachten muß dieses Jahr ohne Christbaumkerzen gefeiert werden. Der Verband deutscher Wachskerzenfabrikanten verleiht an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem es heißt: „Die Anfertigung von Weihnachtskerzen ist in diesem Jahre verboten. Grund hierfür ist die außerordentliche Knappheit an Paraffin. Die Produktion entspricht schon längere Zeit nicht dem Bedarf. Da außerdem wesentlich weniger Petroleum zur Verteilung kommt als im vorigen Jahre, ist das Verlangen nach Kerzen ein weit ausgedehnteres.“

— **Von der Post wird mitgeteilt:** Mit Zustimmung des U- und S-Rats können die von den im Postdienste beschäftigten Anstaltskräften geführten Abzeichen vorläufig weiter getragen werden.

— **Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen** hat folgende Verfügung erlassen: Der Eisenbahnverkehr wird allenthalben gemäß den bisherigen Vorschriften aufrechterhalten. Die Zuständigkeiten der Dienststellen bleiben unverändert, ebenso die Rechte und Pflichten der einzelnen Beamten, Arbeiter und sonstigen Bediensteten.

— **Im Ministerium des Innern** fand am Mittwoch mittag eine Besprechung wissenschaftlich gebildeter Beamter aus sämtlichen Verwaltungszweigen statt, in der einhellig beschlossen wurde, in Gemäßheit der im Auftrage des Ministers des Innern gegebenen Richtlinien sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

— **Unterbringung verwundeter Soldaten.** Zur Unterbringung im Korpsbezirk eintreffender, zahlreicher, verwundeter und kranker Heeresangehöriger, wird dem Sanitätsrat Dr. Barkhardt unter Mitwirkung des jeweiligen zuständigen Garnisonarztes vom Exekutivkomitee des vereinigten revolutionären U- und S-Rates hiermit Vollmacht erteilt. Derselbe wird sich durch entsprechende Legitimation ausweisen. Seinen Anordnungen auf Freigabe von Gebäuden, öffentlichen Anstalten usw. zu dem gedachten Zwecke ist unbedingt Folge zu leisten.

— **Die neue Soldatenlöhnung.** Die Soldaten erhalten täglich 7 Mark Löhnung, die Soldaten aber, die eine rote Binde tragen, also in besonderem Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates arbeiten, erhalten eine tägliche Löhnung von 12 Mark. Besondere Offiziersgehälter fallen weg. Sie werden in gleicher Weise wie die Mannschaft bezahlt.

— **Alle Betriebe, die aus Anlaß der Räumung des besetzten Gebietes oder der Demobilisierung Heeresgüter irgend welcher Art zur Lagerung zugewiesen erhalten, haben sich wegen etwa notwendig werdender Bewachung an das nächstgelegene Garnisonkommando zu wenden.**

— **Einfuhr von Möbeln aus Groß-Rußland.** In letzter Zeit hat der Transportverkehr aus Groß-Rußland größeren Umfang angenommen. Namentlich in Möbeln hat sich ein reges Geschäft entwickelt. Die Möbel, die in Moskau und Petersburg in großen Lagern zum Abtransport gesammelt werden, entflammen zum Teil dem Besitze der feinerzeit bei Ausbruch der Revolution aus Rußland geflüchteten Berionen.

— **Diebstahl.** Keine Nacht vergeht fast mehr ohne Diebstahl. In der Hauptsache sind es Nahrungs- mitteldiebstähle.

— **Unterweilig.** Ein erheblicher Diebstahl wurde in Dannewitz verübt. Aus zwei Kästern wurde das Fleisch von zwei Schweinen, sowie 50 Flaschen Wein, Kognak und Konserven entwendet. Uebliche Diebstähle werden aus Druben, Cohnmannsdorf und Sittlersee berichtet.

— **Reigen.** Die ersten Friedenszeichen machten sich am Dienstag hier bemerkbar. Zu Beginn der dritten Nachmittagsstunde zog eine von Dresden kommende Abteilung Kavallerie mit Handpferden durch die Stadt in der Richtung nach Zehren weiter. Der an der Spitze des Zuges reisende Soldat trug eine rote Fahne.

— **Dippoldiswalde.** Nach dem letzten Militärkonzert in der „Reichshalle“ verankaltete vom Musikcorps des 1. Ersatz-Bataillons (2. Grenadier-Regiment 101), dessen Musikfolge alte und neue Kompositionen hören ließ, setzte nach nur über vierjähriger Pause wieder der öffentliche Tanz ein. Ihm wurde recht zahlreich, für die tangenden Paare zu zahlreich, gehuldigt. Der Mangel an männlichen Tänzern führte dazu, daß weibliche Tanzpaare häufig zu sehen waren. Um 2 Uhr früh versammelten die Instrumente.

— **Dresden.** Der Arbeiter- und Soldatenrat hat den Direktoren der Artilleriewerkstatt und der Munitionsfabrik Grundzüge für den weiteren Betrieb dieser staatlichen Unternehmungen mitgeteilt. Gleichzeitig wurden Richtlinien an gegeben, nach denen die Überleitung in Fabrikationen erfolgen soll, die dem volkswirtschaftlichen Leben dienen sollen. Die nach vielen Tausenden zählende Arbeiterkraft soll zunächst an ihren Arbeitsstellen verbleiben, so daß sie während

der Übergangszeit nicht brotlos wird. Die Direktionen der Anstalten wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat verpflichtet, die technischen Institute künftig nach den angegebenen Richtlinien zu leiten.

— Dresden. Wie wir erfahren, ist die Schulbehörde bei der Arbeit, die Einführung der Einheitsschule vorzubereiten.

— Dresden. Wie verlautet, beabsichtigt der vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat, alle Offiziere zu einer Entscheidung darüber zu veranlassen, ob sie sich ihm unterwerfen und mitarbeiten oder entlassen werden wollen. Eine Festlegung auf irgend welche politische Anschauungen soll nicht verlangt werden.

— Dresden. Hier hat nunmehr die Demobilisierung begonnen. Es werden zunächst die Angehörigen der in der Heimat sich befindlichen Truppenteile entlassen, die entweder selbstständig sind oder eine feste Arbeitstätigkeit nachzuweisen vermögen. Im Einverständnis mit dem vereinigten revolutionären A- und S-Rate erläßt das Stellvertretende Generalkommando XII einen militärischen Dienstbefehl, in dem Offiziere, Beamte und Unteroffiziere aufgefordert werden, sich sofort zu ihren Truppenteilen zu begeben und, bis weitere Befehle kommen, ihren Dienst zu tun. Alle Mannschaften sind verpflichtet, den dienstlichen Befehlen der Vorgesetzten unbedingt Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft. Mittwochs mittag versammelten sich im Ministerium des Innern die wissenschaftlichen Beamten der sächsischen Regierung zu einer Besprechung. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Aufruf des Ministers des Innern Dr. Koch Folge zu leisten und die Arbeit in vollem Umfange weiterzuführen.

— Dresden. Dem Stellvertretenden Generalkommando wird mitgeteilt, daß Soldaten, mit einem ungültigen Ausweis des A- und S-Rates versehen, in der Stadt Jagd-

gewehre einsammeln. Sie gehen vor, dazu vom A- und S-Rat beauftragt zu sein. Das ist nicht der Fall. Der A- und S-Rat hat keine derartige Maßnahme angedeutet. Das Publikum wird gebeten, Soldaten, die mit diesem Unsinne herantreten, durch den nächsten Schutzmann festnehmen zu lassen und die Abnahme des ungültigen Ausweises zu veranlassen. Sachdienliche Mitteilungen sind an die Polizeidirektion oder an das Stabs. Generalkommando zu richten.

— Bautzen. Die in Bautzen gefangenen Russen suchten auszubringen, indem sie die Tore des Gefangenenslagers stürmten. Der Aufstand wurde aber unterdrückt, wobei mehrfach Schüsse fielen.

— Großschönau. Am Sonnabend vor acht Tagen sollte auf dem Frauenriedhofe zu Zittau der dort im Krankenhaus verstorbene Kaufherr Franz Horn von hier beerdigt werden. Als sich die Angehörigen in der Halle eingefunden hatten, konnten sie aber unter den aufgebahrten Verstorbenen ihren Toten nicht finden. Auch waren keine Veranstaltungen zur Beerdigung zur festgesetzten Zeit getroffen worden. Es stellte sich schließlich heraus, daß auch ein gefangener Russe, der bei einem Gutbesitzer in Oberseifersdorf bedienstet gewesen war, verstorben war und am Freitag hätte beerdigt werden sollen, am Sonnabend jedoch noch in der Halle zur Bestattung bereit lag. Demnach war Horn an Stelle des Russen in die Reihe der dortigen Russengräber gebettet worden. Frau Horn verlangte entschieden die Ausgrabung ihres Mannes, die denn auch stattfand, worauf Horn zum zweitenmal der Erde übergeben, der Russe aber still in das von Horn verlassene Grab gelegt wurde.

— Chemnitz. Ein verwegener Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum Montag in ein hiesiges Konfektionshaus ausgeführt. Den Dieben fielen u. a. 6 Ballen Winterüberzieherstoff, 12 Ballen Anzugstoff, 10 Ballen Hosenstoff und 39 Ballen Weststoff in die Hände.

— Delsnig i. G. Hier starb hochbetagt die Witwe des als fachwissenschaftlicher bekannter Bergbauingenieur Turley, die zu den wenigen Deutschen zählt, die den Dynamitkönig und Welfriedenspreis-Stifter Alfred Nobel persönlich gekannt haben. Der Gatte der Verstorbenen war in jungen Jahren Leiter eines Bergwerks bei Åkersberg in Schweden und machte dort mit Nobel die ersten Dynamitprensversuche, wobei Nobel oft Gast in der Familie war. Die Verstorbene erzählte gern von dem bescheidenen, fast schüchternen jungen Mann, der wohl damals noch keine Ahnung davon hatte, welche Bedeutung seine Erfindung in der Welt erlangen würde. Nobel hat die Familie Turley später wiederholt in Delsnig besucht.

— Leipzig. Wie wir aus zuverlässiger privater Quelle erfahren, sind gestern Oberst Pintaun und Oberleutnant Freise, der Stabschef des 19. Armeekorps, sowie zehn andere höhere Offiziere auf Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates angefaßt des widerrechtlichen Geistes des Offizierskorps verhaftet worden.

— Leipzig. Dem „Leipzig. Tagebl.“ zufolge hat eine der ersten Maßnahmen des A- und S-Rates in Leipzig darin bestanden, die Bekleidung für die Zivilbevölkerung für den kommenden Winter sicherzustellen. Zu diesem Zwecke sollen die militärischen Schneiderwerkstätten in Leipzig, Coblenz, in denen rund 2000 Schneider beschäftigt sind, sofort mit der Anfertigung bürgerlicher Kleidung beginnen. Dem Vernehmen nach sind in den Lagern der Militärwerkstätten noch riesige Mengen Stoffe und zwar nicht nur Militärstoffe, sondern auch andere Stoffe, aufgestapelt.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Hübner in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberleutnant i. R. Günter, für den Inseratenteil: Arthur Hübner, beide in Wilsdruff.

Ämtlicher Teil.

Bewirtschaftung von Kohlrüben.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 26. Oktober 1918 wird mit dem Hinweis zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die auf Grund der Verordnung der Reichsstelle über Herbizidgemüse vom 19. Juli 1918 erlassene sächsische Ministerialverordnung über den Verkehr mit Herbizidgemüse der Seite 1918 vom 5. August 1918 — Nr. 1181 a V G 2 — (Nr. 188 der Sächs. Staatszeitung vom 14. August 1918) auf Kohlrüben allenthalben Anwendung findet.

Dresden, am 10. November 1918.

2019 V G 2
Ministerium des Innern.

G 1157 K.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 8. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Die Verordnung über Herbizidgemüse vom 19. Juli 1918 wird für das Gebiet des Deutschen Reichs auf Kohlrüben (Starkrüben, Bruten, Bodenkohlrad, Erbkohlrad, Unterkohlrad) ausgedehnt.

§ 2.

Die Bekanntmachung tritt drei Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, am 26. Oktober 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: v. Lütz.

Verkauf des angemeldeten Weißkrautes. Freitag den 15. November vormittags 8—10 Uhr in der Lurahalle. Pfund 9 Pfg.

Nach 10 Uhr freier Verkauf.

Wilsdruff, am 13. November 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung erfolgt Freitag den 15. November 1918 vormittags von 8—11½ Uhr.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Wegen dringender Instandsetzungsarbeiten wird das gesamte Stromnetz des Elektrizitätsverbandes Gröba abgeschaltet:

am Sonntag den 17. November von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr	
„ Montag „ 18. „ „ mittags 12 „ „ 4 „	
„ Dienstag „ 19. „ „ „ 12 „ „ 4 „	
„ Mittwoch „ 20. „ „ vorm. 8 „ „ 4 „	

In den übrigen Stunden der vorgenannten Tage ist der Stromverbrauch auf das geringste Maß einzuschränken.

Elektrizitätsverband Gröba.
Dresden.

Inseraten-Teil.

Für die liebevolle Teilnahme und die vielen Beweise der Liebe beim Heimzuge meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Christiane Iltzsche

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und lieben Hausbewohnern unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Pastor Zacharias für die trostreichen Worte am Grabe.

In tiefem Schmerze
Reffelsdorf, am 12. November 1918.

Der trauernde Gatte nebst Angehörigen.

Guterhaltene vierfüßige Kommode u. 1 Waschtisch zu verkaufen.

Joh. Ementel, Wilsdruff, Rosenstr. 81, 1. Etage.

Man beachte stets den amtlichen Teil.

Für Neujahr hat abzugeben einen unverheiratet. Verwalter, tätig in jedem Fack. Näheres erteilt der Arbeitsnachweis des Landeskulturrats, Am Ch.-Anfriedhof 213. Fernsprecher 420. 607

Halte von jetzt ab Montags, Mittwochs und Freitags nachmittags von 1/3 bis 7 Uhr regelmäßig wieder Sprechstunde ab.

Zahn-Drzt A. Schubert.
Wilsdruff. Markt.

Der R. d. d. von

Simbeerjaft mit Zucker

ist von heute an markenfrei abzugeben bei

Max Berger, vorm. Th. Goerne.

Oldenburger und Wesermarsch Milch- und Zuchtvieh-Verkauf.

Von Montag den 18. November ds. Js. ab steilen wir einen großen Transport prima hochtragender und abgekalbter

oldenburger und ostpreussischer Rühne und Kalben sowie eine Anzahl erstklassiger, bedächtiger

Zuchtbullen

(alles Herdbuchtiere) im Alter von sechs Monaten bis 1½ Jahren bei uns zum Verkauf.

Meißen, am Bahnh. Max Kiesel.
Fernsprecher 308. Inh.: S. de Lesie & H. Stoppelmann

N.B. Auf obige Rühne und Kalben gewährt der Sächsische Viehhändlerverband nur Landwirten

300 Mark Ankautsbeihilfe.

Kaufe Schlachtpferde zu geliebten Preisen.

August Hohfeld,
Wilsdruff, Fernspr. 5-4
Im Rosfalle sofort zur Stelle.

Für nächste Dittern such f. mein Kolonialwarengeschäft einen

Lehrling

mit guter Schulbildung.

Max Berger
vorm. Th. Goerne.

Loise

der 2. Heimatdank-Geldlotterie
a 3 Mark

Ziehung am 18., 19., 21., 22., 23. und 25. Novbr.

And erhältlich in der Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Grumbach. Lebensmittelversorgung.

Freitag den 15. November vormittags 8—9 Uhr im Gemeindevorstand:

Ausgabe der Milchguttscheine für Minderbemittelte.

Grumbach, am 14. November 1918

Der Gemeindevorstand.

Christlich, reich. Mädchen im Alter von 15—17 Jahren wird zu Neujahr als

Wirtschafts-Mädchen gesucht (am liebsten aus klein. Landwirtschaf.). Wo? zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes unter 570.

Für unseren Ausdrageheißt

Kaufbach

suchen wir für 1. Januar 1919 einen gewissenhaften

Austräger.

Geschäftsstelle des Wilsdruff. Tageblattes.